

Projektmeldung | St. Vincent und die Grenadinen | Außenwirtschafts-, Industriepolitik

National Indicative Programme 2014-2020

Landesbezogene Entwicklungsplanung des EEF

Planungsstadium, Frühstadium

24.07.2015

Land:	St. Vincent und die Grenadinen
Finanzierung:	Europäischer Entwicklungsfond (EEF)
Kategorie:	Außenwirtschafts-, Industriepolitik

Im Rahmen ihrer Kooperation mit den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) hat die Europäische Union das Indikativprogramm für die Entwicklungszusammenarbeit mit St. Vincent und den Grenadinen im Zeitraum 2014 bis 2020 verabschiedet. Darin sind Mittel des 11. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in Höhe von insgesamt 7 Mio. Euro vorgesehen, die vornehmlich für Maßnahmen in den folgenden Bereichen verwendet werden sollen: Landstraßen (5,98 Mio. Euro), Förderung der Zivilgesellschaft (0,12 Mio. Euro) sowie Unterstützung für den Nationalen Anweisungsbefugten und Technische Hilfe (0,9 Mio. Euro).

Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

Mehr zu:

St. Vincent und die Grenadinen

Außenwirtschafts-, Industriepolitik / Privatisierungsvorhaben / Konjunktur / Ausschreibungsprozess / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend / Tiefbau, Infrastrukturbau / Bau, übergreifend / Baustoffe, Glas, Keramik / Architektur, Ingenieurdienstleistungen / Straßenverkehr / Öffentliche Verwaltung und Regierung / Projektmanagement, Evaluierung / Öffentlicher Sektor, übergreifend / Ausschreibungs- und Beschaffungswesen /

Entwicklungszusammenarbeit / Privatisierungsconsulting, PPP, BOT / Unternehmensberatung
Projekte

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.